

Redebeitrag Finanzminister Jens Bullerjahn

TOP 1 Landtagssitzung am 7. Oktober 2011

**„Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2012/2013  
(2012/2013)“**

(- es gilt das gesprochene Wort - )

## **Freiheit statt Schuldenspirale**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
es ist schon eine verrückte Zeit.

Auf der einen Seite haben manche Länder auf der Welt Sorgen, die ich wirklich gerne hätte.

Sollten wir die Steuern senken?

Oder uns noch an ein paar Unternehmen und Konzernen mehr beteiligen?

Dies sind die Sorgen der Norweger.

Deren Öl-und-Gas-Fonds ist inzwischen auf über 400 Milliarden Euro angewachsen.

Das sind etwa 100 Milliarden Euro mehr als der gesamte Bundeshaushalt.

Die Norweger müssen tatsächlich darüber nachdenken, wie sie das viele Geld gewinnbringend für die Zeit nach dem Öl anlegen - und das ist offenbar auch nicht einfach, wie sie mir in einem Gespräch sagten.

Sie haben aber die Qual der Wahl.

Ihre Freiheit beim Fällen von finanzpolitischen Entscheidungen scheint unbegrenzt zu sein.

Die Frage nach dieser Chance der eigenen Entscheidungsfreiheit soll heute der rote Faden meiner Betrachtungen sein.

Denn auf der anderen Seite erleben wir seit Monaten, dass die Finanz- und Schuldenkrise europäische Länder mit einer langen, stolzen Tradition wie Griechenland, aber auch Portugal und Italien an den Rand des finanzpolitischen Kollaps' drängt.

Mit sehr ernststen Problemen kämpfen auch Spanien, Irland und Frankreich.

Beobachter sprechen von ernststen Gefahren für die parlamentarische Demokratie. Die jüngsten Proteste und Streiks in Griechenland führten uns diese Gefahren vor Augen.

In vielen dieser Länder hat sich sozialer Sprengstoff angehäuft, wie wir ihn in den vergangenen Jahrzehnten nicht erlebt haben. Gerade junge Leute sehen keine Zukunft mehr. So etwas habe ich mir vor wenigen Jahren nicht vorstellen können.

Die Freiheit dieser Länder bei finanzpolitischen Entscheidungen ist dramatisch eingeschränkt – praktisch bei Null!

Parlamente und Regierungen haben fast nur noch Auflagen umzusetzen.

## Anrede

Diese Länder müssen wirklich harte Sparprogramme auflegen - insbesondere Griechenland. Dort müssen Staatsbedienstete Einkommenskürzungen von 20 Prozent und mehr hinnehmen.

Zehntausende Stellen werden im öffentlichen Sektor abgebaut.

Die Renten werden um bis zu 20 Prozent gekürzt!

Die Kritiker hierzulande, die bei unserer Haushaltsvorlage von unzumutbaren Belastungen sprechen, sollten sich diese Zahlen und die damit verbundenen Auseinandersetzungen sehr genau vor Augen führen.

Ich rede diesen Maßnahmen nicht das Wort.

Aber ohne eigene Anstrengungen werden diese Länder keine Konsolidierung erreichen.

Das Wohl dieser europäischen Länder ist derzeit davon abhängig, ob Rating-Agenturen den Daumen heben oder senken, weil die finanzpolitische Lage den Agenturen die nötige Angriffsfläche bietet.

Gleichzeitig müssen sie weitere, harte Sparauflagen aus Brüssel oder des Internationalen Währungsfonds schultern.

Bei dieser ernsten Entwicklung in Europa und in der Welt muss man von einer Zäsur in der Nachkriegsgeschichte sprechen.

Neben der Energie- und der Wirtschaftspolitik sowie der allgemeinen Sanierung der öffentlichen Haushalte ist der Erhalt der Eurozone die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Da geht es um viel! Auch für uns!

Es geht um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft.

Durch sie hat gerade auch Deutschland in den vergangenen Jahren wirtschaftlich erheblich partizipiert.

Wenn es Europa schlecht geht, dann geht es Deutschland nicht gut.

Deshalb müssen gerade wir für mehr Tempo beim Ausbau der Europäischen Union sorgen. Und dieser Ausbau sollte zu einer viel stärkeren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit Europas führen.

Und es gibt Lösungen:

Das deutsche Beispiel eines Stabilitätsrates kann auch und wird auf europäischer Ebene als Beispiel dienen. Ich bin vor zwei Jahren aus Überzeugung mit Professor Böhmer dafür eingetreten, dass wir uns mit den guten Instrumenten der Schuldenbremse und des Stabilitätsrates der politischen Selbstbeschränkung unterwerfen.

Darüber hinaus müssen die Finanzmärkte weiter reguliert werden. Eine Transaktionssteuer sollte zur teilweisen Finanzierung der Krisenbewältigung eingeführt werden.

Es wird - wie in Deutschland - auch auf europäischer Ebene Ausgleichs-

Zahlungen und - über kurz oder lang - Teil-Entschuldungen geben müssen.

Wir sind doch schon jetzt in einer Haftungsgemeinschaft. Das sollte die Politik dem deutschen Steuerzahler auch so offen sagen.

Wir brauchen - wie auch immer geregelt - einen langfristigen europäischen Länderfinanzausgleich!

Der zu gründende europäische Stabilitätsrat hat dann aber auch die Pflicht, nach festen Kriterien die europäischen Haushalte im Blick zu haben und – wenn nötig – auch Sanktionen einzuleiten.

Es ist gut, dass sich in dieser Hinsicht die EU und viele Mitgliedsstaaten bei der Einführung eigener Schuldenbremsen bewegt haben.

Die Sparpakete müssen – wie in den deutschen Bundesländern auch - vor Ort umgesetzt werden! Und es stimmt; wer sich nicht müht, der hat keinen Anspruch auf Hilfe zur Selbsthilfe.

Aber bitte, seien wir ehrlich:

Wir müssen offen sagen, dass dieser Prozess Zeit benötigt. Wir lassen uns in Deutschland zehn Jahre Zeit, bis die Schuldenbremse umgesetzt sein muss. Da können wir nicht erwarten, dass die europäische Schuldenkrise in Ländern, die wirtschaftlich viel schlechter als Deutschland da stehen, in wenigen Monaten gemeistert wird.

Denn klar ist, nur durch sparen allein kommt niemand aus der Krise.

Wer also nicht von Banken und Ratings oder der Finanzwirtschaft allgemein regiert werden will, wer keine Auflagen des Stabilitätsrats schultern will, der muss konsolidieren.

Und jetzt reden wir auch über uns.

Denn auch wir sind noch lange nicht über dem Berg – weder in Deutschland noch in Sachsen-Anhalt. Jede Sekunde steigt die deutsche Schuldenlast um 2000 Euro. Die Schuldenuhr für ganz Deutschland tickt rasend ...und Ohren zuhalten hilft da nicht...

Mit unserem Finanzkonzept, das wir heute vorlegen, wollen wir weiter die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Zukunft Sachsen-Anhalts auch künftig hier im Land gestaltet werden kann.

Dafür brauchen wir die nötigen finanzpolitischen Spielräume!

Nur dann können wir uns - Landtag wie Regierung - die Freiheit für eigene Entscheidungen beim Regieren und Gestalten erhalten.

Das ist und bleibt ein Grundpfeiler meiner Finanzpolitik.

Der erste Schritt, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten, ist natürlich, dass wir im kommenden Jahr wieder und dann fortdauernd keine neuen Schulden aufnehmen. 2007 bis 2009 haben wir dies bereits geschafft.

Fortdauernd keine neuen Schulden machen, das heißt, dass auch künftige Landtage und Landesregierungen diesen Weg weiter beschreiten müssen! Zusätzlich müssen wir uns schon jetzt für den nächsten ernstesten Wirtschaftsabschwung wappnen.

Der wird - wie in jedem Zyklus - kommen. Experten sehen ihn ja schon am Horizont. Und in der Tat sind Börseneinbrüche und nach unten korrigierte Konjunkturprognosen Hinweise, die wir sehr ernst nehmen sollten.

Wir müssen und werden Vorsorge treffen und Reserven anlegen.

Deshalb werden wir die Steuerschwankungsreserve wieder auffüllen - 2012 mit 50 Millionen Euro, 2013 60 Millionen, 2014 80 Millionen und 2015 100

Millionen Euro. Und wir zahlen wieder 20 Millionen Euro jährlich zusätzlich in den Pensionsfonds ein.

Wer daran rüttelt, wer die Vorsorge bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen und Monaten gar infrage stellt, um zusätzliche populäre Programme auf den Weg zu bringen, der setzt die finanziellen und damit die politischen Gestaltungsmöglichkeiten Sachsen-Anhalts in den kommenden Jahren aufs Spiel!

Wer weniger oder keine Vorsorge will, der ist dann auch dafür verantwortlich, wenn wir beim nächsten Wirtschaftsabschwung wieder neue Schulden aufnehmen müssen!

Das sage ich hier ganz deutlich in aller Öffentlichkeit!

Und ab 2014 beginnen wir - liebe Kolleginnen und Kollegen - die aufgelaufenen Schulden von rund 20 Milliarden Euro, also doppelt soviel wie der Haushalt, zu tilgen. 2014 stellen wir dafür 50 Millionen Euro bereit; 2015 werden es 100 Millionen Euro sein.

Diesen Schuldenabbau müssen wir in den kommenden Jahren fortsetzen!

Denn erst mit einer dauerhaften Tilgung ab etwa 200 Mio. € jährlich beginnt die Pro-Kopf-Verschuldung zu sinken! Deshalb ist dafür in der Langfristperspektive ein Betrag von 300 Millionen Euro jährlich vorgesehen.

Auch danach würde der Schuldenabbau immer noch etwa 70 Jahre dauern.

Mit diesen Vorschlägen, diesem Kurs können wir uns im bundesweiten Vergleich sehen lassen. Neben Sachsen-Anhalt werden aus jetziger Sicht im kommenden Jahr nur vier weitere Länder ohne neue Schulden auskommen – Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.

Die Sachsen tilgen bereits 2012 wie in diesem Jahr. Die sind bekanntlich auch durch die jüngste Finanzkrise ohne neue Schulden gekommen – wie auch Mecklenburg Vorpommern.

Die einen durch jahrelange Politik der CDU, die anderen auch durch eine Koalition von SPD und der damaligen PDS.

Man sieht – in Verantwortung ist Konsolidierung parteiübergreifend!

Denn allen ist klar, Konsolidierung ist kein Selbstzweck - etwa um die Statistik zu verbessern.

Sie dient uns, um vor allem ein Ziel zu erreichen:

Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem modernen, attraktiven und selbstbewussten Land gestalten!

Sachsen-Anhalt soll ein Magnet sein gerade auch für junge Leute, auch außerhalb unseres Landes.

Außerhalb unseres Landes heißt für mich ausdrücklich auch Europa.

Das Land muss so attraktiv werden, dass mindestens genauso viele Menschen zu uns kommen wie uns verlassen.

Dieser Aufgabe muss sich alles andere unterordnen!

Nach Jahren der Roten Laterne – ob durch harte Fakten belegt, nur gefühlt oder auch herbei geredet – haben wir es in den vergangenen Jahren geschafft, deutlich nach vorn zu kommen.

Wir sind längst im Mittelfeld der deutschen Länder und auf dem Weg in die Spitzengruppe.

Vielleicht reden wir zuwenig darüber.

Wir haben im 1. Halbjahr 2011 im Vergleich der deutschen Länder den dritthöchsten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt. Im Osten liegen wir auf Platz eins.

Wir haben keinen blauen Brief des deutschen Stabilitätsrates bekommen.

Wir sind kein Haushalts-Notfall-Land wie andere.

Wir sind im vergangenen Jahr – als fast einzige europäische Region - von einer führenden Rating-Agentur um zwei Stufen nach oben gesetzt worden. Bei Umschuldungen kommen wir deshalb auf Einsparungen im zweistelligen Millionen-Bereich.

Wir sind nach einer vor zwei Tagen vorgelegten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft bei der sogenannten Konsolidierungsquote im Vergleich aller deutschen Länder auf Platz drei.

Wir sind auf dem Arbeitsmarkt im Osten stabil im Mittelfeld angekommen.

Wir haben bei Kinderbetreuung, Lehrerausstattung, Kulturausgaben mindestens stabile Mittelpätze erreicht – und das Ganze in den nächsten Jahren wieder ohne neue Schulden.

Deshalb sage ich ganz selbstbewusst:

Wir sind **AUFSTEIGERLAND IN DEUTSCHLAND!**

Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren die Voraussetzungen geschaffen, hat das Zeug, um zu einer **TOP-REGION in Europa** zu werden!

Über den besten Weg dahin sollten wir diskutieren und streiten.

Nicht aber über diesen Anspruch.

Anrede

Ihnen liegen vor;

- der Entwurf für den Doppelhaushalt,
- die Mittelfristige Finanzplanung,
- das Personal-Entwicklungskonzept,
- das Haushaltsbegleitgesetz,
- das Finanzausgleichsgesetz,
- eine aktuelle Bewertung der Kommunalfinzen,
- der Entwurf für die Neu-Ordnung des Immobilien-Managements
- und Grundzüge des Sanierungskonzepts STARK III.

Keine Bange, ich gehe jetzt auf das Gesetzespaket nicht im Einzelnen ein.

Die Landesregierung hat dabei, so glaube ich, in den vergangenen Monaten ihren Job ganz gut gemacht.

Jetzt sind Sie, ist das Parlament am Zuge.

Sie, die Abgeordneten, werden Änderungsvorschläge unterbreiten, Forderungen aufstellen, Alternativen vorlegen und sich auch mit öffentlicher Kritik nicht zurückhalten.

Es geht mit dem Doppelhaushalt nicht um Entscheidungen für die nächsten Monate oder zwei Jahre.

Wir stellen jetzt die Weichen für die Entwicklung des Landes bis 2020! Und darüber hinaus!.

Dazu bedarf es langfristiger Konzepte und Überlegungen.

Nur der wird die Nase vorn haben, der sich nicht in Tagespolitik erschöpft. Genau deshalb sollten wir uns nicht im Kleinklein verlieren, sondern den Blick nach vorn richten.

Eines muss allen aber klar sein:

Um das Image Sachsen-Anhalts dauerhaft weiter aufzupolieren, ist ein grundlegender Mentalitäts- und Paradigmenwechsel im Land nötig.

Wir müssen weg kommen vom kreditfinanzierten Wachstum, weg vom süßen Gift der Verschuldung, das die Probleme nur verschiebt und potenziert.

Wir müssen die finanziellen Spielräume schaffen und wahren.

Es geht um ein selbstbestimmtes Agieren für das Land – anstelle einer Subventionsmentalität, die immer auf Hilfe von außen oder oben setzt.

**DAS IST DIE FREIHEIT, DIE WIR ANSTREBEN UND UNS ERHALTEN MÜSSEN! DARAUF WIII ICH IMMER WIEDER DEN BLICK LENKEN!**

Anrede

Ich weiß natürlich auch, dass wir allein mit einem Konsolidierungs-Kurs die Wirtschaft nicht ankurbeln, mit Sparen allein das Land nicht attraktiver machen, und Sparen allein auch kein Grund für junge Leute ist, hierzubleiben oder herzukommen.

Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn wir vor allem auch INVESTIEREN.

Auch diesen Pfad beschreiten wir mit diesem Doppelhaushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung weiter. Deshalb sind unsere Schwerpunkte Wirtschaft, Arbeitsplätze sowie Bildung gut gewählt.

Da war es auch richtig, dass wir im Doppelhaushalt und in der erstmals verbindlichen mittelfristigen Finanzplanung alle Drittmittel – also Geld von Bund und EU – komplett veranschlagt haben! Wir haben für Investitionen in 2012 mehr als 1,4 Milliarden Euro veranschlagt.

Das sind etwa 14 Prozent des Haushalts.

Wegen der Bindung aller investiven Mittel haben wir nicht noch zeitiger mit der Tilgung der Schulden begonnen, was ich gern gemacht hätte.

Deshalb rede ich auch nicht von einem Sparhaushalt, aber von einem guten Kompromiss zwischen Konsolidieren, Vorsorgen und Investieren.

Die Leute, die wir hier halten oder für uns gewinnen wollen, schauen zuerst danach, ob sie einen guten Job finden können und eine Perspektive im Beruf haben.

Angemessene Einkünfte gehören nun einmal zu einem Leben, das ich mir nach meinen persönlichen Wünschen und Vorstellungen gestalten kann.

So geht's doch auch Ihnen hier im Saal!

Deshalb sollten wir weiter streiten für die bundesweite, flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen. Dafür wirbt ja jetzt sogar die FDP.

Denn angemessen bezahlte Arbeit ist ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Bestandteil von persönlicher Freiheit!

Deshalb konzentrieren wir die Investitionen auf die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

Die entsprechenden Vorschläge erarbeitet gegenwärtig das Wirtschaftsministerium.

Dabei dürfen wir nicht jene vergessen, die in Sachsen-Anhalt noch mit Schwierigkeiten kämpfen müssen - und das sind nicht wenige, weil sie arbeitslos sind, ein zu geringes Einkommen beziehen, keine Ausbildung haben oder etwas anderes ihr Leben erschwert. Auch diese, sicher kritisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger, müssen wir mitnehmen.

Wenn wir über gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bessere Einkommen reden, sind wir sofort bei der Bildung.

Denn für viele Mütter und Väter ist es immer wichtiger, wie das Angebot bei der Kinderbetreuung und der schulischen Bildung ist.

Habe ich Auswahl-Möglichkeiten, gibt es Einschränkungen, die abschreckend wirken oder passen sich die Angebote meinen Bedürfnissen an?!

Kinderbetreuung und schulische Bildung spielen im Standortwettbewerb der Regionen eine immer größere Rolle.

Hier hat der Osten gegenüber dem Westen Vorteile, die wir nutzen sollten.

Dabei geht's auch darum, dass alle Kinder die gleichen Startchancen haben.

Sie sollen das Recht haben, Angebote bei der Kinderbetreuung und schulischen Bildung unabhängig von sozialem Stand und Einkommen der Eltern nutzen zu können.

Wir müssen endlich die Bildungsschichten in unserer Gesellschaft aufbrechen, die immer noch so prägend für die Zukunft der Kinder sind und die ihren Weg oft schon vorzeichnen.

Deshalb wollen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder ab 2013 wieder verwirklichen. Ihn abzuschaffen, war wohl ein Fehler.

Für die Wiedereinführung sind 2013 zehn Millionen Euro und 2014 und folgende Jahre 30 Millionen Euro vorgesehen.

Warten wir das Gesetzgebungsverfahren ab, was in welchen Schritten am Ende gemacht wird. Legen wir uns nicht schon jetzt fest.

Ab 2013/14 wollen wir eine Schulreform - mit der Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis – umsetzen. Hier geht es nicht darum, Strukturen zu zerschlagen. Aber diese Schulform dürfte von niemandem mehr angezweifelt werden. Die Zahl der Schulabbrecher beträgt in unserem Land über zwölf Prozent und liegt damit noch immer deutlich höher als der Bundesdurchschnitt.

Und: Wir wollen mehr Auswahlmöglichkeiten und mehr Selbstbestimmung und Freiheit an den Schulen!

Die letzten beiden Punkte werden uns im nächsten Haushalt beschäftigen. Wenn uns die jüngste OECD-Studie bescheinigt, dass Deutschland in der Bildung anderen Ländern hinterherhinkt, dann müssen wir weiter etwas tun.

Deshalb glaube ich, dass wir mit unserem Schwerpunkt auf Kinderbetreuung und schulische Bildung die Weichen richtig stellen. Ganz nebenbei: Wir reden nicht nur darüber; wir stellen ab 2012 pro Jahr 200 neue Lehrer ein. Auch so unterstützen wir Kinder, Eltern, Erzieher und Lehrer.

Übrigens - genauso wichtig ist es, mit der Universität in Halle zu reden, damit dort auch genau die Lehrer ausgebildet werden, die wir hier an unseren Schulen auch brauchen.

Und trotzdem:

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Personalkosten insgesamt rund ein Drittel unseres Landeshaushaltes ausmachen, also etwa 3,4 Milliarden Euro. Da stehen andere Bundesländer besser da, die mit weniger Personal keine schlechtere inhaltliche Arbeit leisten!

Und deshalb ist es abwegig, immer wieder von 800 oder gar tausend Neueinstellungen jährlich zu reden. Ich habe in den Berechnungen zum Personalentwicklungskonzept im vorigen Jahr aufgezeigt, dass wir so nie und nimmer auf die Zielzahl von 19 Landesbeschäftigten auf tausend Einwohner in 2019 kommen.

Wenn wir jetzt statt bisher 350 jährlich rund 550 junge Leute in den Landesdienst einstellen, dann ist das eine gute Nachricht.

In den nächsten Jahren wird darüber zu reden sein, ob die Annahmen noch stimmen, auf denen das PEK aufsetzt.

Bei Investitionen in Bildung geht es aber nicht nur um möglichst viele Lehrer, sondern auch um die Bedingungen fürs Lernen.

Deshalb werden wir in dieser Wahlperiode weiter viele Schulen und Kitas sanieren. Dazu brauchen wir, also das Land, aber vor allem die Kommunen, das bereits gestern angesprochene Stark-III-Programm.

Dabei geht es vorrangig um Energieeinsparung auf hohem technologischem Niveau. Die Energiekosten können um 30 bis 40 Prozent gesenkt werden. So sparen die Kommunen erheblich Geld. Ich denke, mit STARK III kommen wir ein ganzes Stück voran. Immerhin reden wir aus heutiger Sicht über ein mögliches Volumen von 600 Millionen Euro.

Das wird das größte Investitionsprogramm in dieser Legislaturperiode!

Und das wird auch das Konjunkturprogramm für den einheimischen Mittelstand sein. STARK III erhält und schafft Arbeitsplätze!!

Um dieses Programm vernünftig umsetzen zu können, bedarf es aber eines praktikablen Vergabegesetzes und einer vereinfachten Bauordnung.

Wir sollten über Defizite oder Nachholbedarfe reden. Jawohl!

Wir sollten aber auch weiter auf unsere Stärken setzen!

Und dazu gehören zweifellos unsere Universitäten und Hochschulen.

Die sind inzwischen in Deutschland und Europa weit vorn.

Das bestätigt nicht nur OECD, sondern das bestätigen die vielen jungen Leute auch aus dem Westen Deutschlands, aus Europa und anderen Teilen der Welt, die bei uns studieren. Moderne Hochschulen und Unis sind wichtig für

die Attraktivität Sachsen-Anhalts. Deshalb werden die Budgets der Hochschulen fortgeschrieben, also nicht gekürzt.

Aber: Bitte nicht auf den hohen Studenten-Zahlen ausruhen.

Diese werden sich in den nächsten Jahren verändern. Wie stark und wohin, das hängt auch von unserer Politik ab.

Die Hochschulen selbst müssen sich dabei höchsten Qualitätsansprüchen stellen. Denn die Zahl derjenigen, die das Studium nicht beenden, ist noch zu hoch.

Und Unis und Hochschulen sind natürlich auch angesprochen, wenn es um die Vermittlung gut bezahlter Jobs für Absolventen in der Wirtschaft hier im Land geht.

Das setzt eine noch bessere Verzahnung mit den Unternehmen voraus.

Dabei spielt natürlich das Internet eine immer größere Rolle.

Für viele – bei weitem nicht nur für jüngere Menschen - ist es das Tor zur Welt. Es ist immer wichtiger für die Vermittlung von Arbeitsplätzen.

Und es bestimmt immer mehr die Arbeitswelt, auch und gerade im öffentlichen Dienst. Das schnelle Internet ist inzwischen entscheidend für die Auswahl eines Standortes. Deshalb haben wir uns vorgenommen, alle Landesteile an die Datenautobahn anzuschließen.

Anzuschließen an ein für rund 240 Mio. € zu schaffendes modernes Landes-Daten-Netz, was auch den Kommunen, den Bildungseinrichtungen und den Bürgerinnen und Bürgern offen stehen soll!

Mit dem Doppelhaushalt 2012/13 werden weitere wichtige Strukturentscheidungen auf den Weg gebracht:

1. Im Oktober startet in Magdeburg der Kulturkonvent. Damit nimmt das wichtigste kulturpolitische Vorhaben des Landes Gestalt an. Der Konvent wird Empfehlungen für eine langfristige Kulturentwicklung und -förderung unterbreiten. Wir reden bei den Kulturausgaben über rund 170 Mio. Euro jährlich.
2. Bei der EU-Halbzeit-Bilanz und bei dem Konzept für die Förderperiode von 2014 bis 2020 müssen Prioritäten gesetzt werden. Wir können die Gelder, die wir für neue Programme wie STARK III nutzen, nicht einfach drauf satteln.
3. Mit einem neuen Bau- und Liegenschafts-Management stärken wir dessen Effizienz erheblich.
4. Ein zentrales Beschaffungsmanagement im Finanzministerium wird uns helfen, effektiver zu werden und Geld zu sparen.
5. Die Vorbereitungen auf das Lutherjahr 2017 und die Buga in Havelberg laufen auf Hochtouren und finden sich in den Haushaltsansätzen wieder.
6. Im Justizministerium wird längst daran gearbeitet, wie man die Justizvollzugsanstalten effektiver auslastet und dabei Kosten spart. Das

Konzept liegt Ende des Jahres vor und wird Strukturvorschläge beinhalten.

- ~ 7. In einem attraktiven Sachsen-Anhalt sollen sich alle – Einwohner wie Gäste – sicher fühlen. Da sind motivierte Polizisten gefordert. Deshalb stellen wir ab 2013 jährlich 150 neue Polizisten ein. Die Struktur der Polizei wird dabei zu prüfen sein.
- 8. Die Landesregierung wird die ständig steigenden Ausgaben solcher Bereiche wie Sozialhilfe, Schulen in freier Trägerschaft, Verfahrenskosten bei Gericht strukturell überprüfen und Vorschläge für Einsparungen unterbreiten. Dabei geht es immerhin um rund eine Milliarde Euro.
- 9. Auch im Haushalt für 2012 und 2013 haben wir alle Mittel für den Städtebau gebunden.

Dies kann kein vollständiger Überblick sein. Ich weiß, dass noch viel mehr wünschenswert wäre. Ich weiß, dass Verbände, Vereine, aber auch Sie viele Ideen und höhere Ansprüche haben.

Aber dann müssen wir auch über den Preis reden.  
Das wird in öffentlichen Debatten gern mal vergessen.

Wir wollen immer bessere Straßen, aber dafür keine zusätzlichen Beiträge zahlen.

Wir wollen eine prima funktionierende Verwaltung, aber die Bevölkerung will keine neuen Beamten.

Wir wollen einen Sozialstaat wie in Skandinavien, aber ein Steuersystem wie in den USA.

Das passt eben nicht zusammen.

In Krisenzeiten schon gar nicht, aber auch nicht bei bester Konjunktur.

Das gilt für alle Bereiche: für den Einzelnen im Privaten, für Unternehmen, für die öffentliche Hand, wie Bund und Länder – aber auch für die Kommunen!

Denn dort - in den Städten, Gemeinden und Kreisen – spielt sich natürlich das Leben ab. Das weiß ich auch!

Wenn es um die Rechte und die Freiheit geht, Entscheidungen auch wirklich vor Ort treffen zu können, dann werden die Kommunen auf ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung zu sprechen kommen.

Dazu stehe ich ausdrücklich!

Das Land wird deshalb die Städte, Dörfer und Kreise nicht hängen lassen.

Dies hat es auch bisher nicht getan.

Im Gegenteil: Wir bieten ein Bündnis für starke Kommunen an!

Dieses Bündnis fußt auf vier Säulen.

Dazu habe ich bereits gestern ausführlich gesprochen!

Insgesamt stellt das Land mit dem FAG, mit den STARK-Programmen und den Förderprogrammen der Ministerien im kommenden Jahr 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen bereit.

Das ist ein Viertel des gesamten Landesetats.

Da kann man wohl nicht davon sprechen, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen schadlos hält.

Solche Vorwürfe zeugen von einer sehr egoistischen Sicht auf die Gesamtsituation.

Um den gemeinsamen Konsolidierungskurs weiter aktiv zu begleiten, schlage ich wie bereits gestern erwähnt einen „kommunalen Stabilitätsrat“ in Sachsen-Anhalt vor. Der Rat soll dann sehr konkret über die Konsolidierungsfortschritte der einzelnen Kommunen beraten und wenn nötig, zusätzliche Schritte einleiten oder Auflagen erteilen!

Bei den kommenden Debatten sollte beachtet werden, dass es einen Grundgedanken der Solidarität innerhalb der kommunalen Familie gibt.

Und deshalb sollte niemand in der öffentlichen Debatte den Rahmen überspannen.

Es kann nur um einen fairen Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen, aber auch innerhalb der Kommunen, gehen, der allen Seiten die finanziellen Spielräume in den kommenden Jahren lässt.

Deshalb gilt auch hier:

Der von mir bereits angesprochene notwendige Mentalitäts- und Paradigmenwechsel im Land kann gar nicht vor den Kommunen halt machen, aber auch nicht vor den Kommunalpolitikern.

Nur so kann letztendlich die kommunale Selbstverwaltung, nur so können die Rechte und Freiheiten der Kommunen gestärkt und erhalten werden.

Beim Ausbau von Rechten und Freiheiten geht es natürlich auch ums Parlament, gerade beim Haushalt.

So verwiesen Abgeordneten darauf, dass die Regierung nur Vorschläge unterbreiten könne, das Sagen habe natürlich das Parlament, das auch entscheide. Na ja!

Dann habe ich gehört, dass mit dem neuen Verfahren zur Aufstellung des Haushalts die parlamentarischen Rechte eingeschränkt würden. Da halte ich dagegen. Anders herum wird ein Schuh draus!

Mit dem Verfahren zum Aufstellen des Haushalts und dem vorliegenden Finanzkonzept wird das Budgetrecht gestärkt. Damit werden die Einflussmöglichkeiten des Landtags in einer Art und Weise ausgebaut, wie noch nie in der Geschichte Sachsen-Anhalts.

Ich weiß, dass jetzt viele meinen, da trägt er aber verdammt dicke auf.

Aber erinnern wir uns: Als der Landtag den vorigen Haushalt beschlossen hat – genau an diesem Tag habe ich eine Haushaltssperre verhängt.

Das Recht dazu hatte ich als Minister, als Vertreter der Regierung.

Der Einfluss des Parlaments auf den Vollzug wurde dadurch aber erheblich eingeschränkt.

Und damit ist jetzt Schluss:

Da es keine zentrale globale Minderausgabe mehr geben wird (im laufenden Jahr betrug sie noch knapp 180 Millionen Euro), brauche ich im Vollzug auch keine Haushaltssperre. Ein solcher Ansatz ist auch eine kleine Zäsur in der Geschichte Sachsen-Anhalts. Von Ausnahmesituationen wie Finanzkrisen mal abgesehen gilt: Was der Landtag beschließt, das wird umgesetzt. Und das ist auch gut so.

Und - Das Parlament wird künftig auch Verantwortung für den Vollzug tragen. Aber damit ist das Parlament auch dann gefragt, wenn irgendwo im Land die Säge klemmt. Es ist gefragt, wenn der Aufschrei über Probleme oder Unzulänglichkeiten laut wird – und jemand aus der Politik erklären und Verantwortung übernehmen muss.

Dabei werden die Abgeordneten noch enger die Ministerinnen und Minister an ihrer Seite wissen. Auch deren Rechte und Entscheidungsfreiheiten sind erheblich ausgebaut worden. Denn sie können jetzt im Rahmen ihrer Eckwerte dem Parlament Vorschläge über die Verteilung der Gelder, über die Erhöhung von Einnahmen oder die jährliche Übertragung von Mitteln unterbreiten. Einsparungen und Reformrenditen bleiben in bestimmtem Umfang bei den Ressorts. Sie haben die Möglichkeit, durch stabile Rahmenbedingungen langfristige Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Auch das gab es so noch nicht in der Geschichte Sachsen-Anhalts.

Zu den elementaren Rechten und Freiheiten in der Demokratie gehört der Meinungsstreit.

Und auch ich beteilige mich gern daran, zuweilen auch schon mal impulsiv. Deshalb bin ich nicht derjenige, der da jedes Wort auf die Goldwaage legt. Ich bin überzeugt davon, dass wir heute – da viele Menschen angesichts der Milliarden-Rettungsschirme und der Euro-Krise Politik und Politiker immer weniger verstehen – auch klare Worte brauchen.

Wir brauchen den Mut, offen das anzusprechen, was nötig ist, auch wenn es nicht populär sein sollte.

Die Leute haben aber - davon bin ich überzeugt – Verständnis für unangenehme Wahrheiten, erwarten dann aber Lösungsvorschläge von uns!

Die Menschen haben einfach keine Lust mehr, uns immer wieder in abgenutzten Ritualen zu erleben – wo der eine etwas vorschlägt, der andere reflexartig alles ablehnt und am Ende der gesunde Menschenverstand fragt – was machen die da oben eigentlich?

Am Montag wird der Finanzminister vom Landesrechnungshof in den Medien kritisiert, weil er zuwenig spart.

Am Dienstag wird er von der eigenen Fraktion und vom Koalitionspartner kritisiert, weil er an der falschen Stelle spart.

Am Mittwoch warnen Gewerkschaften, die Wirtschaft und Verbände vorm Totsparen.

Am Donnerstag fordert die Opposition mehr Geld für wichtige Dinge im Land. Je nachdem, was gerade medial aktuell ist.

Am Freitag ist der Aufschrei der Kommunen groß, weil bei ihnen angeblich alles den Bach runtergeht. Soll doch das Land endlich sparen.

Am Wochenende gibt es eine kurze Verschnaufpause. Die Zeitungen kommentieren „sowohl als auch“.  
Und am Montag beginnt der Spaß von vorn.

Diese Rituale von Politik, Interessenvertretern und Medien haben die Menschen satt! Sie wollen eine andere Streitkultur.  
Das geht an die Adresse von uns Politikern, an die Adresse der Interessenvertreter, aber auch an die Adresse der Medien.  
Wir müssen anders miteinander umgehen.

Die Menschen planen doch auch in ihren Familien ganz nachvollziehbar und einfach ihre Ausgaben.  
Weil die Tochter eine Ausbildung macht, wird dafür Geld bereitgestellt. Weil man im Alter noch gut leben will, wird – wenn möglich - in eine private Renten-Versicherung eingezahlt. Weil Gas und Strom möglicherweise teurer werden, wird vorsorglich Geld zurückgelegt. Diese Familien-Finanz-Politik spiegelt sich auch in meinem Finanz-Konzept wider!  
Pflegen wir eine Streitkultur, die Alternativen zulässt, die gute Botschaften für die Menschen möglich macht, und die trotzdem sachlich ist.  
Weniger Getöse, mehr Diskussion – ja, dann sind auch viele Kompromisse möglich!

Natürlich haben wir in den vergangenen 20 Jahren vieles bewegt, darauf sollten wir auch alle stolz sein. Wir hatten immer das Ziel, das Land nach vorn zu bringen - Koalition wie Opposition. Das schließt alle bisherigen Regierungen ein. Und da hatte und hat niemand die Weisheit gepachtet.  
Der Weg war steinig - und er war nicht frei von Fehlern der Politik.  
Sich dies einzugestehen, kann verdammt schmerzlich sein.  
Alle hier im Landtag vertretenen Parteien haben daran Anteil, dass wir einen Schuldenberg von über 20 Milliarden Euro angehäuft haben.  
Diese kosten uns über 800 Mio. Euro an Zinsen jährlich. Diese hohen Zinsen und zu hohen Personalausgaben dämpfen am Ende nötige Investitionen.  
Wir hatten Zeiten - von 1992 bis 1997 - da beliefen sich die Nettokreditaufnahmen zwischen 1,2 Milliarden bis 1,8 Milliarden Euro, aus heutiger Sicht unvorstellbar.  
Und für diese Hypothek trage auch ich, der von Anfang an dabei war, Mit-Verantwortung. Die Schulden Sachsen-Anhalts sind rote, schwarze, gelbe und grüne Schulden.  
Das Land ist zwar in vielen Bereichen vorangekommen.  
Doch der Kurs des kreditfinanzierten Wachstums hat aber vor allem die Banken reicher gemacht!  
Und dies ist weder eine linke noch eine konservative Politik; das war ein Kurs, der korrigiert werden musste, und zwar dauerhaft.  
Erste Schritte dazu haben wir vor allem in den vergangenen fünf Jahren getan.

Jetzt müssen wir die Chancen nutzen, die sich uns bieten.  
Sachsen-Anhalt kann aus der schwierigen Finanzkrise in Europa gestärkt (!) hervorgehen. Denn wir haben - im Gegensatz zu Griechenland und vielen anderen Ländern in Europa und in Deutschland – die finanziellen Spielräume, um die Zukunft Sachsen-Anhalts selbst zu gestalten.

Der Kurs der Konsolidierung schafft uns die Freiheit beim Fällen von Entscheidungen!

Die politischen Weichenstellungen werden hier in diesem Hohen Haus vorgenommen. Lassen Sie uns deshalb vor allem inhaltlich diskutieren und gemeinsam dafür sorgen, dass Sachsen-Anhalt weiter vorankommt.

Die heute vorgelegten Vorschläge und Konzepte der Regierung sind dafür die Basis.

Wir bieten den Koalitionsfraktionen, der Opposition, den Kommunalpolitikern und auch Interessenvertretern einen fairen und offenen Dialog an.

Wenn wir Politiker glaubhaft vermitteln können, dass nicht einzelne Personen, nicht die Parteien, sondern das Land im Vordergrund steht, dann ist der nötige Paradigmenwechsel in Sachsen-Anhalt auch möglich.

Wenn die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter spüren, dass sich die Politik hier im Land ihren Problemen annimmt – auch mal über Parteigrenzen hinweg - dann werden auch ihre Zukunftssorgen geringer. Dann werden auch sie sich noch mehr als bisher für ihr Land ins Zeug legen. Denn viele wollen mit gestalten. Sie haben das Graue-Maus-Image Sachsens-Anhalts satt.

Ich möchte dafür werben, dass alle, die unser Land nach vorn bringen wollen, sich einbringen.

Wenn sich immer mehr überlegen, was sie nicht nur für sich, sondern auch für Sachsen-Anhalt tun können - dann werden wir zu einer **TOP-REGION IN EUROPA!**

Vielen Dank!